

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigenstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Ruß und Umgebung 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige. Kolumnen-Preise für Anzeigen 20 Goldpfennige, sonstige 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 277

Sonntag, den 29. November 1925

20. Jahrgang

### Das Locarno-Gesetz angenommen.

Mit 291 gegen 174 Stimmen.

Der Reichstag hat heute in namentlicher Abstimmung die endgültige Annahme des Gesetzes über die Zustimmung zu den Verträgen von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit 291 gegen 174 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen. 488 Abgeordnete hatten ihre Stimmabgabe abgegeben. Für das Gesetz stimmten Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauernbund und Deutsch-Pannoveraner. Gegen das Gesetz stimmten Deutschnationale, Kommunisten, Wölkische und von der wirtschaftlichen Vereinigung die Gruppe der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes.

Der Vertrag von Locarno ist deutsches Reichsgesetz geworden. Die Vorlage der Regierung, die in fünf Verhandlungstagen parlamentarisch scharf umkämpft war, ist gestern nach Abschluß der dritten Beratung vom Reichstag mit großer Mehrheit endgültig verabschiedet worden.

Um 5 Uhr begannen die Abstimmungen, die zum Teil namentlich durchgeführt wurden, so daß sie sich über nahezu 1 1/2 Stunden hinzogen. Das Ergebnis der Abstimmung über den Artikel 1, Annahme des Vertrags von Locarno, war, daß 474 Stimmenten abgegeben wurden. Da der Reichstag 495 Abgeordnete zählt, haben nur 21 Mitglieder des Hauses gestern gefehlt. Von den 474 Abgeordneten, die sich an der Abstimmung beteiligt haben, stimmten 300 für, 174 gegen den Artikel 1.

Die Mehrheit setzte sich aus den Mittelparteien (Demokraten, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei) und aus den Sozialdemokraten zusammen, während die Minderheit hauptsächlich von den Deutschnationalen und Kommunisten gestellt wurde. Die Wölkischen hatten Ludendorff, der seit der Eröffnung des neuen Reichstages seiner Plenarsitzung mehr beigewohnt hat, zu dieser Abstimmung nach Berlin zitiert, um möglichst vollzählig zu sein. Die Wirtschaftspartei stimmte geteilt.

Angenommen wird die vom Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten beantragte Entschließung.

#### Kommunistische Kundgebung gegen Locarno.

Berlin, 27. Nov. Die kommunistische Partei hatte heute nachmittag ihre Mitglieder zu einer Kundgebung gegen die Annahme des Locarno-Vertrages im Lustgarten zusammengerufen. Gegen 1/2 Uhr waren etwa 10 000 Menschen versammelt, die neben zahllosen roten Fahnen viele Plakate trugen, die sich gegen Locarno richteten. Die Kundgebung begann mit einer erheblichen Verspätung, da die angekündigten Redner, bekannte Reichstagsabgeordnete, darunter die kürzlich aus Ausland zurückgekehrte Klara Zetkin, infolge ihrer Tätigkeit im Reichstag nicht erscheinen konnten. An ihrer Stelle ergriffen einige Landtagsabgeordnete das Wort, worauf die Kundgebung ohne Störung schnell zu Ende ging.

#### Zum Besuch Tschitscherins in Paris.

Paris, 27. Nov. Zum Besuch Tschitscherins in Paris schreibt der „Temps“, es sei ganz logisch, daß Moskau in dem Augenblick sich neu orientiere, in dem die Abmachungen von Locarno die Grundlagen seiner außenpolitischen Stellung veränderten, und jetzt versuche, die seit langem schwebenden Fragen zu regeln, ohne deren Erledigung die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht die Wirkung haben werde, die man berechtigt sei, von ihr zu erwarten. Eine Verständigung könne sich aber nicht auf illusorischen Versprechungen und auf Zweideutigkeiten aufbauen. Sowjetrußland müsse die durch den russischen Staat zugunsten des ganzen russischen Volkes eingegangenen Schulden anerkennen und müsse die Gerechtigkeit, die es für sich selbst in Anspruch nehme, auch gegen sich gelten lassen, wenn es aus der politischen und wirtschaftlichen Isolierung herauskommen wolle, in der es seine letzten Kräfte erschöpft. Auch müsse sich die Sowjetunion jeder direkten oder indirekten Ermutigung der kommunistischen Propaganda in den Ländern, mit denen sie Beziehungen habe, enthalten. Aus den Unterhaltungen, die gestern Tschitscherin am Quai d'Orsay gehabt habe, seien keine bestimmten Schlüsse zu ziehen. Vielleicht werde er in der Lage sein, wirkliche Verhandlungen anzuknüpfen, wenn er aus dem Süden Frankreichs zurückgekehrt sei, aber alles hänge von den Entschlüssen Moskaus ab.

Paris, 27. Nov. Tschitscherin ist am Freitag vormittag nach Wizza abgereist.

wonach die Reichsregierung mit allen Kräften bemüht sein soll, bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine dem Sinne des Vertragswerkes von Locarno entsprechende Erweiterung der sogenannten Rückwirkungen zu sichern. Von den Wölkischen und Kommunisten liegen Anträge vor, die Verkündung des Gesetzes um zwei Monate aussetzen. Solche Anträge sind angenommen, wenn sie von einem Drittel der Abgeordneten unterstützt sind. Dies ist jedoch nicht der Fall. Sie sind daher abgelehnt. Die Deutschnationalen haben sich dabei der Stimme enthalten. Die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Wölkischen werden in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird der

Mißtrauensantrag der Deutschnationalen abgelehnt, der lautet: Angesichts der Erklärungen, die die Reichsregierung zur Locarno- und Völkerbundsfrage abgegeben hat, obwohl sie gleichzeitig ihren demnächst erfolgenden Austritt angekündigt hat, entzieht der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen. Der Antrag wird mit 285 gegen 121 Stimmen bei 61 Stimmenthaltungen (darunter die Kommunisten) abgelehnt.

Berlin, 28. Nov. Nachdem gestern der Reichstag das Ermächtigungsgesetz zur Unterzeichnung der Verträge von Locarno angenommen hat, wird, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, Reichskanzler Dr. Luther heute vormittag dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der gestrigen Reichstagsitzung Bericht erstatten und ihm gleichzeitig das juristische Gutachten unterbreiten, wonach es sich bei dem gestern von der Volksvertretung angenommenen Gesetz nicht um ein verfassungswidriges Gesetz handelt, das eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erfordern würde. Wie das genannte Blatt und auch der „Volkswacht“ betonen, ist nicht daran zu zweifeln, daß

Reichspräsident v. Hindenburg das Gesetz unterzeichnen wird. Die Abreise der deutschen Delegation nach London wird, wie die Blätter melden, am Sonntag abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge erfolgen.

#### Die deutsch-englischen Besprechungen über den Handelsvertrag.

Berlin, 27. Nov. Die Besprechungen zwischen der deutschen und britischen Delegation über die sich aus dem Protokoll zum deutsch-englischen Handelsvertrag ergebenden Fragen sind beendet. In Einzelfragen sind über die gegenseitige Zollbehandlung einige Erleichterungen verabredet worden, die später veröffentlicht werden. In den über die Auslegung des Protokolls bestehenden Meinungsverschiedenheiten wurde eine Einigung nicht erzielt.

#### Der griechisch-bulgarische Konflikt vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 27. Nov. Der Vorsitzende der vom Völkerbundsrat ernannten Untersuchungskommission im griechisch-bulgarischen Grenzkonflikt, Sir Horace Rumbold, teilte dem Völkerbundssekretariat mit, daß er auf Wunsch Chamberlains, der bekanntlich Berichterstatter in diesen Fragen ist, nach Genf kommen wird, um an der Ratssession teilzunehmen. Die Untersuchungskommission befindet sich gegenwärtig in Belgrad, wo sie ihren Bericht fertigstellt, den sie der bulgarischen und der griechischen Regierung zur Kenntnis unmittelbar zustellen wird.

#### Völkerbundsrat und griechisch-türkischer Bevölkerungsaustausch.

Genf, 27. Nov. Der Vorsitzende der gemischten Kommission für den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch, General de Barak, hat das Völkerbundssekretariat davon benachrichtigt, daß er gemäß dem Kommissionsbeschluss vom 26. November am 2. Dezember in Begleitung des Generalsekretärs der Kommission von Stambul nach Genf reisen werde, um bei der Völkerbundsversammlung anwesend zu sein. Bekanntlich wird sich der Völkerbundsrat mit der Frage der Ueberführung mohammedanischer Albaner in Griechenland nach Konstantinopel zu befassen haben, nachdem die albanische Regierung, wie seinerzeit gemeldet, verschiedene Telegramme gegen den Einschluß von Albanien in den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch an den Völkerbund geschickt hatte.

### Währung und Wirtschaft.

Von Dr. Ritz, M. d. R.

Während der Inflationszeit unsehligen Angebens stand die deutsche Reichsbank zweifellos auf der Seite derer, welche die Entwicklung falsch beurteilten. Daraus ergab sich manche Maßnahme ihrer Kreditpolitik, die uns heute vollkommen unverständlich erscheint. Man soll bedauern nachträglich kein Verdammungsurteil fällen. Wer hat in jenen Tagen, auch von führenden Wirtschaftlern, die ganze Lage richtig übersehen? Darin lag ja gerade das Tragische dieser Herrüttungsperiode, daß die grauenhafte Zwangsläufigkeit der Entwicklung erst dann erkannt und mit wirksamen Gegenmaßnahmen bekämpft wurde, als die Milliardenbeträge des deutschen Renten- und Sparkapitals so aufgefressen waren, als wären Wotten und Rost über sie gekommen.

Das geschichtliche Verdienst des gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten Schacht wird es bleiben, den der Inflation entgegengesetzten festen Damm einer neuen stabilen Währung so gefestigt zu haben, daß keine Brandung ihm etwas anhaben konnte. Fest und unerschütterlich steht die neue deutsche Währung! Aber so sehr wir uns unserer Edelbaluta auch freuen können, so wenig dürfen wir verkennen, daß die Währung nicht nur um ihrer selbst willen da ist; die Festigung der Währung ist nicht als Selbstzweck zu verfolgen, sondern um der Wirtschaft willen. Was würde es einem Volke nützen, wenn seine Währung auf einsamer, brandungsfähiger Insel fest verankert ist, aber ringsherum sinkt die Wirtschaft in die Tiefen des Meeres!

In der Inflationszeit hatte sich die deutsche Wirtschaft, nicht ohne Verschulden der Reichsbank, an eine Kreditbeanspruchung gewöhnt, die mit den Grundsätzen normaler Wirtschaftsführung schlechterdings unvereinbar war. Es war deswegen nur recht und billig, wenn hier von der Reichsbank das Steuer herumgeworfen und eine Restriktionspolitik eingeleitet wurde. Infolgedessen, in der Sachwertphosphor der Inflationszeit entstandene oder künstlich aufgeblähte Unternehmungen durch Kreditwährung aufrechtzuerhalten, lag und liegt ganz gewiß nicht im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse. Auf der anderen Seite zwingt jedoch gerade die jetzige Wirtschaftskrisis, über deren verhängnisvolle Auswirkungen leider die Allgemeinheit noch nicht überall völlig klar steht zur Prüfung der Frage, ob hier neben den anderen offensichtlichen Ursachen nicht auch eine Ueberspannung der krediteinschränkenden Tendenz Wirkungen ausübt, die eine Vernichtung solcher Wirtschaftswerte in sich schließt, deren Erhaltung ohne Gefährdung der Währung vielleicht möglich wäre.

Mit besonderem Nachdruck wendet sich die offizielle Kreditpolitik gegen Auslandskredite. Es ist zweifellos, daß Auslandskredite, besonders von Amerika, uns nicht um unserer schönen Augen willen, sondern aus rein egoistischen Gründen den gedehnten Stellen gewährt werden. Wer darüber noch im Zweifel sein sollte, dem geben die ebenso offenerzigigen wie lehrreichen Ausführungen Aufschluß, mit denen sich über diese Frage jüngst der Vizepräsident der National City Bank in New York, George E. Roberts verbreitete. (Spectator Nr. 461, 13. November 1925.) Ganz falsch wäre es jedoch, anzunehmen, daß durch solche Auslandskredite ohne weiteres und unbedingt eine Verflattung der deutschen Wirtschaft eintreten müßte. Der schlüssige Gegenbeweis ist hier Amerika selbst, das vor dem Krieg mit Milliarden Schuldnerkauf Europas war, und dessen ganze industrielle Entwicklung seinerzeit zu einem erheblichen Teile mit Auslandskapital eingeleitet worden ist. Auch Deutschland hat solche Perioden zu durchgemacht.

Die Gasversorgung deutscher Städte z. B. würde in den ersten Anfängen dieser technischen Errungenschaft ohne britisches Kapital niemals in Gang gekommen sein. Heute ist Deutschland in seiner wirtschaftlichen und geldlichen Kraft aufs äußerste geschwächt. Wie die deutsche Währung — das möchte die Reichsbank bedenken — ohne das Gold, das vom Ausland an die deutsche Reichsbank für Zwecke der Stabilisierung gegeben wurde, eine ihrer Stützen entbehren würde, so würde der Befruchtung der kapitalarmen deutschen Wirtschaft ohne Auslandskredite ein wesentlicher Antrieb fehlen. Gewicht in einer gesunden Wirtschaft wird das Kreditbedürfnis aus eigenen Kapitalreserven bestrebt, aber diese Kapitalreserven werden in Deutschland niemals in ausreichendem Maße sich wieder ansammeln, wenn nicht zunächst einmal durch Kapitalzufuhr die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gefestigt und erhöht wird. Die Befestigung des relativen Uebermaßes an Steuern, an sozialen Lasten und an sonstigem Verfall genügt nicht, um die Produktionskraft im nötigen Maße wiederherzustellen; die produktive Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft kann mangels eigener Kreditquellen zurzeit dem Auslandskredit nicht entbehren. Daß die nötigen Vorsichtsmaß-